Wissen die Europäer, was sie riskieren?

Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth über SDI und die europäische Technologie-Lücke

Die japanische Technik-Offensive scheint vorübergehend ins Stocken geraten – doch Zeit, sich darüber zu freuen, bleibt den Europäern nicht. Mit ihrer „Strategischen Verteidigungsinitiative" (SDI) haben die USA eine neue Runde des technologischen Wettbewerbs eingeleitet, und wenn nicht alles täuscht, wird es die entscheidende Kraftprobe im Kampf um Macht und Märkte von morgen werden.

Dabei wirft die Einbettung des Programms in ein neues Verteidigungskonzept – der Gedanke, aus „gesicherter Vernichtung" gesichertes Überleben zu machen – eher neue Fragen auf, als sie zunächst Antworten gibt. Niemand vermag heute zu sagen, ob der sicherheitspolitische Nutzen der SDI-Forschungen ihren finanziellen Aufwand tatsächlich rechtfertigen wird.

„Wir wissen nicht, ob die von uns erforschten Technologien zu wirksamen, überlebensfähigen und kostengünstigen Abwehrsystemen führen werden", erklärte der Stellvertretende US-Außenminister Kenneth W. Dam am 14. Januar in Washington. Wenn aber, so Dam, die Vereinigten Staaten eines Tages zu dem Schluß kämen, daß neue Stationierungsmaßnahmen ins Auge gefaßt werden könnten, „sollte dies zunächst Gegenstand von Gesprächen mit unseren Verbündeten und zwischen den USA und der Sowjet-Union sein".

Sieht man von dem unbestreitbaren amerikanischen Verdienst, die UdSSR in Genf wieder an den Verhandlungstisch gebracht zu haben, einmal ab, so ist die langfristige Bedeutung von SDI gar nicht so sehr im militärischen, sondern im wesentlichen im nichtmilitärischen Zusammenhang zu suchen: Die Initiative Präsident Reagans stellt die bislang umfangreichste und konsequenteste forschungspolitische Folgerung des Westens aus der Tatsache dar, daß moderne zivile und militärische Produkte auf weitgehend identischen Basistechnologien beruhen. Computer- und Sensortechnik, Laser-, Infrarot- und Röntgentechnologie, neue Werkstoffe und Verfahren bilden die Grundlage für innovative Entwicklungen sowohl im zivilen wie im wehrtechnischen Unternehmensbereich.

Bildlich gesprochen: Der Stamm, von dem sich die Äste hochspezialisierter Waffentechnik einerseits, fortgeschrittener Medizintechnik andererseits abzweigen, ist derselbe. Dagegen mag sich unser Empfinden sträuben; gleichwohl ist es Realität. Die USA haben als erste, Ende des letzten Jahrzehnts, begonnen, daraus politische Konsequenzen zu ziehen. Sie konzipierten ein ambitioniertes Grundlagenforschungsprogramm, dessen moralische Schubkraft aus einer neuen Überlebensvision – Massenschutz statt Massenvernichtung – resultiert und dessen ökonomische Triebfeder die Aussicht auf eine etwa fünfzigprozentige kommerzielle Verwertbarkeit der Forschungsergebnisse ist.

Die Komplexität der Fragestellung bestimmt die Größe des Aufwands. Wenn Tausende von Angriffsraketen binnen hundert Sekunden mit höchster Präzision geortet, identifiziert, verfolgt und zerstört werden sollen – welche Rechengeschwindigkeiten, Sensorenempfindlichkeiten, Lasertypen und Materialeigenschaften sind hierfür erforderlich? Der Versuch, darauf Antworten zu finden, führt nicht zu perfektionierten Geräten; er führt zu neuen Basistechnologien.

Bei den Europäern stand diese Entwicklung erst als wissenschaftliche Herausforderung der nächsten Generation auf dem Programm. Die Amerikaner hingegen sind entschlossen, nicht bis zum 21. Jahrhundert zu warten, sondern sich das erforderliche Know-how, koste es was es wolle, innerhalb der nächsten fünfzehn Jahre anzueignen. Der Preis – offiziell 26 Milliarden Dollar, tatsächlich aber wohl eher das Dreifache allein für die Forschungsphase – scheint ihnen nicht zu hoch. Denn selbst wenn das verteidigungspolitische Ziel einer weltraumgestützten, nichtnuklearen Stabilität sich technisch als nicht durchführbar erweisen oder – durch die Genfer Verhandlungen mit der UdSSR bedeutungslos werden sollte, so ist doch eines gewiß: Der Festigung irdischen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Vormachtstellung der USA dient SDI in jedem Fall.

Westeuropa sieht sich durch diese Pläne, die über den „point of no return" hinaus vorangeschritten sind, in einer kritischen Phase der Selbstfindung herausgefordert. Noch leidet es wirtschafts- und beschäftigungspolitisch unter den Folgen eines wissenschaftlich verbummelten Jahrzehnts. Noch kämpft es mit alten Industriestrukturen und mit der Agrarlastigkeit einer Gemeinschaft, die an der vielköpfigen Hydra teuer subventionierter Überschußproduktionen zu zerbrechen droht. Noch besitzt es zwar den Willen, aber nicht die Kraft zur politischen Union.

Immerhin: Manches hat sich gebessert. Mehr als drei Milliarden Mark will Brüssel zusammen mit der Industrie im Rahmen des Esprit-Programms ausgeben, um die informationstechnische Weiterentwicklung nicht gänzlich zur pazifischen Domäne werden zu lassen. Eine halbe Milliarde Mark läßt sich die Gemeinschaft biomolekulare Forschungsaktivitäten kosten. Der Erfolg zwischenstaatlich vereinbarter Projekte wie Ariane und Spacelab beflügelte die Hoffnung, die zivile Nutzung des Weltraums ein Stück weit „europäisieren" zu können. Über sieben Milliarden Mark Kostenbeteiligung an der für 1992 geplanten US-Raumstation „Columbus" galten als Beleg dafür, daß die Europäer endlich ihre Lektion begriffen haben: Wenn es um die Zukunft geht, hilft nicht klekkern, sondern nur klotzen.

SDI jedoch hat mit einem Schlag die Größenordnungen deutlich gemacht, um die es wirklich geht. Mehr noch: Europas Defizit an einer effizienten Forschungsinfrastruktur, das durch die spektakulären Einzelprojekte eher überdeckt als gemindert wird, ist unübersehbar zutage getreten. Amerika bereitet vorläufig im Alleingang seinen planmäßigen wissenschaftlichen Einstieg ins nächste Jahrhundert in einem Augenblick vor, da in Westeuropa ein Forschungsverbund, der auch nur annähernd vergleichbare Anstrengungen zuließe, nicht vorhanden ist und erhebliche Mittel gerade anderweitig gebunden wurden.

Doch ist dies nicht allein ein europäisches Problem. Die Frage muß an beide atlantischen Partner gerichtet werden: Wissen die Vereinigten Staaten, was es bedeuten könnte, Europa bei der Grundlagenforschung fürs nächste Jahrhundert auszugrenzen, indem sie sie in toto für sicherheitsrelevant erklären, oder eine Beteiligung nur unter unzumutbaren Bedingungen gestattet würde? Und wissen die Europäer, was sie riskieren, wenn sie nicht entschieden auf eine Kooperation bei SDI drängen und gleichzeitig endlich ernsthafte Schritte zur Schaffung einer integrierten Forschungspolitik unternehmen?

Westeuropa würde, so lautet die Konsequenz, spätestens in zehn bis fünfzehn Jahren technologisch irreversibel ins zweite oder sogar dritte Glied zurückfallen. Nach einer Phase vermeintlich großer und letztlich doch fruchtloser Bemühungen wäre eine destabilisierte Wirtschaftsstruktur die Folge, die ihrerseits zu politischen und sozialen Erschütterungen führen müßte.

Zur innenpolitischen käme die außenpolitische Instabilität: Wo Technologiekompetenz in der Tendenz als Machtfaktor schwerer wiegt als die Zahl der jeweils stationierten Waffen, birgt Inkompetenz unwägbare Sicherheitsrisiken. Daran kann, bei Licht besehen, nicht einmal der Sowjet-Union gelegen

sein. Sie verlöre einen Antipoden, den sie als starken Handelspartner und einflußreichen Nato-Verbündeten der USA im Hinblick auf die gesamteuropäischen Interessen bisher doch eher als stabilisierendes Element betrachtet hat.

Nach einer sehr intensiven und von der amerikanischen Seite mit erfreulicher Offenheit unterstützten Information über die gesamte SDI-Problematik während meiner USA-Reise im letzten Monat kann ich daher nur zu dem Schluß kommen, daß über das „Wie" der Beteiligung an dieser Forschung eingehend verhandelt werden, das „Ob" aber außer Frage stehen muß.

Die Europäer sollten nicht der Versuchung erliegen, bereits in der Phase der Grundlagenforschung in einen hier noch gar nicht schlüssig zu beantwortenden Meinungsstreit über Moralität und Realisierbarkeit einzutreten – es könnte sich eines Tages herausstellen, daß sie nur über Potemkinsche Dörfer gestritten hätten.

Um so mehr müssen sie mit einer Zunge die partnerschaftliche Teilhabe fordern. Sie dürfen sich nicht unter dem Druck scheinbar unabwendbarer, sicherheitspolitischer Erfordernisse zu Nur-Zahlern degradieren lassen, sondern müssen eine ausgewogene Finanzierungs- *und* Verwertungsregelung erzwingen. Die Spacelab-Konditionen sind durchaus nachbesserungsfähig und -bedürftig.

Gleichgewichtig müssen die neuen Dimensionen der Grundlagenforschung, die im pazifischen Technologieduell sichtbar geworden sind, zum Anlaß einer strukturellen Neuordnung der europäischen Forschungspolitik in diesem, einzelstaatlich gar nicht mehr zu bewältigenden Bereich genommen werden. Die Bundesrepublik besitzt mit ihren Großforschungszentren, ihrer universitären und industriellen Forschung ausgezeichnete Ansatzpunkte dafür.

Sollte sich herausstellen, daß dies im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft in angemessener Zeit nicht durchzuführen ist, so dürfen sich die wirtschaftsstärksten Länder Europas nicht scheuen, auf diesem Weg durch den Abschluß zwischenstaatlicher Vereinbarungen allein voranzugehen. Wir werden nochmals Milliarden in die Forschung stecken müssen – aber letztlich wäre der Preis für den Verlust eines ganzen Kontinents an Sicherheit, Autonomie und Lebensqualität unendlich viel höher.

Die SDI-Forschung wird wohl einige gerade im Entstehen begriffene europäische Illusionen zerstören und über Völker- und Parteigrenzen hinweg zu intensivem Nachdenken über Zukunftsnotwendigkeiten anregen müssen. Nur wenn aus dem Nachdenken ein Handlungskonsens wird, nur dann könnte auf die japanische und amerikanische eine europäische Offensive folgen.

GENFER GESPRÄCHE

Zum Teufel

Die amerikanische Verhandlungstaktik für Genf setzt mehr sowjetische Kompromisse voraus denn je.

Eigentlich wollte der amerikanische Präsident über seinen persönlichen Beitrag zur Militärgeschichte, über das gigantische Star-Wars-Projekt überhaupt nicht verhandeln.

Erst der öffentliche Druck, mit den Sowjets wieder ins Gespräch zu kommen (nach 13monatiger Verhandlungsabstinenz), sorgte dafür, daß Andrej Gromyko von den Genfer Vorgesprächen im Januar ein amerikanisches Zugeständnis nach Hause bringen konnte: Über den Traum Präsident Reagans von einer „strategischen Verteidigung" Amerikas im Weltraum soll in der Schweiz vom Dienstag an gesprochen werden.

Doch der Frage, wie die Verhandlungen über Offensivwaffen und Defensivwaffen gekoppelt werden könnten, war das Kommuniqué des sowjetisch-amerikanischen Außenministergipfels meisterhaft vage gehalten: Sie würden „in ihrer Wechselbeziehung geprüft und gelöst" werden – was immer das auch bedeuten mag. Nur eines scheint festzustehen: Die US-Delegation wird diesmal mit Rückendeckung in Washington auftreten können.

Das halböffentliche Gerangel, das die Rüstungskontrollpolitik der ersten Reagan-Jahre kennzeichnete, ist einer neuen Diskretion gewichen. Die alten Antagonisten der internen amerikanischen Abrüstungsdebatte, Richard Burt, Unterstaatssekretär im State Department – er soll Botschafter in Bonn werden –, und Richard Perle, gleichrangiger Beamter im Pentagon, haben an Einfluß verloren.

Außenminister Shultz besitzt auf diesem Gebiet jetzt mehr Einfluß als irgendein Regierungsmitglied während der ersten Amtszeit Reagans. Ihm zur Seite steht der inzwischen 78jährige Paul Nitze, dem ein Büro direkt neben dem Außenminister zugewiesen wurde: In einer Stadt, die auf Statussymbole ebenso großen Wert legt wie einst Versailles, sind solche Zimmernummern wichtig.

Der Wandel in der amtlichen amerikanischen Einstellung zur Rüstungskontrolle geht jedoch tiefer. Die Genfer Gespräche dürften alsbald zeigen, daß die Reagan-Administration die Hoffnung aufgegeben hat, mit der Sowjet-Union einen bedeutsamen Raketenabbau aushandeln zu können. Statt dessen haben sich die Amerikaner entschlossen, das alte Hauptziel der Rüstungskontrolle – erhöhte Sicherheit und größere strategische Stabilität – vor allem durch eigene Anstrengungen zu erreichen, sprich: durch Raketen-Verteidigungssysteme.



US-Abrüster für Genf*: „Eine kernwaffenfreie Welt ist das Endziel"

Shultz-Berater Nitze gab der neuen amerikanischen Verteidigungsdoktrin geistige Gestalt, als er sie kurz vor Weihnachten in vier vom State Department abgesegnete Sätze goß:

> In den nächsten zehn Jahren sollten wir einen radikalen Abbau der Zahl und Stärke bestehender und geplanter Offensiv- und Defensivwaffen anstreben, ob sie landgestützt, weltraumgestützt oder sonstwie aufgestellt sind. Wir sollten schon jetzt einer Übergangszeit, beginnend womöglich in zehn Jahren, entgegensehen – einer Zeit des Übergangs zu wirksamen, nichtnuklearen Verteidigungssystemen, die Defensivwaffen gegen nukleare Offensivwaffen einschließen. Diese Übergangszeit sollte schließlich zur Abschaffung aller offensiven und defensiven Kernwaffen führen. Eine kernwaffenfreie Welt ist ein Endziel, dem wir, die Sowjet-Union

* John Tower, Max Kampelman, Paul Nitze, Maynard Glitman.